

Unkorrigiertes Manuskript  
Rede zum Haushalt 2013/2014, Fritz Beinersdorf, DIE LINKE. 4. Febr. 2013.  
Sperrfrist 16:00 Uhr  
Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Der heute hier zur Abstimmung stehende Haushaltsentwurf 2013/2014, ist altes Denken, ist ein „Weiter so“, kurz gesagt die Verlängerung des unausgewogenen und unsozialen Doppelhaushalts 2011/2012.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie wollen in den kommenden drei Jahren die Schuldenbremse umsetzen und das heißt, kürzen, kürzen, kürzen. Die Schuldenbremse ist kein flexibles Projekt der Finanzplanung

Sie tragen vor sich eine Monstranz namens „Haushaltsausgleich 2016“.

Sie erwecken damit bei den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck, dass die unsozialen Kürzungsmaßnahmen dazu führen würden dass Remscheid spätestens im Jahre 2021 schuldenfrei wäre.

Haushaltsausgleich 2016 bedeutet aber nicht, dass wir 2021 ohne Schulden sind. Haushaltsausgleich bedeutet nichts anderes, als dass bestenfalls keine neuen Schulden gemacht werden.

Die Schulden unserer Stadt entstanden im wesentlichen aus einer drastischen Unterfinanzierung unserer Aufgaben, aber auch durch einige Fehlentscheidungen in der Vergangenheit. Ich denke hierbei aus aktuellem Anlass an die Spekulationsgeschäfte mit Zinswetten (siehe Tagesordnungspunkt 18) und mir fällt in diesem Zusammenhang eine Erklärung des Vorsitzenden der SPD Fraktion ein. Er sagte als der Derivaten – Schwindel platzte: „ Ich werde nie wieder einer Sache zustimmen, von der ich keine Ahnung habe.“

Nun gut, ihr Wort in Gottes Gehörgang. Ich für meinen Teil werde sie immer wieder gerne daran erinnern.

Meine Damen und Herren, wie auch immer wir der Bevölkerung den Schuldenstand und den Versuch des Schuldenabbaus in unserer Stadt erläutern, wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, dass wir mit einem ausgeglichenem Haushalt im Jahre 2016 schuldenfrei wären. Unsere Schulden sind auch bei einem ausgeglichenen Haushalt noch lange nicht bezahlt und werden Remscheid weiter drücken.

Leistungen für die Remscheiderinnen und Remscheider werden abgesenkt, Standards beschnitten, Gebühren erhöht und städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird durch teils dramatische Arbeitsverdichtung als Folge von massiven Personalkürzungen das Arbeiten schwer gemacht. Die Zahlen über den Krankenstand in der Verwaltung und die Zunahme von burn out Fällen sprechen hier eine eindeutige Sprache.

Das städtische Eigenkapital, also das Eigentum ALLER BürgerInnen und Bürger wird vernichtet, indem beispielsweise nach wie vor völlig unzureichende Mittel bei der Bau – und Straßenunterhaltung bereitgestellt werden.

Der jetzt vorgelegte Haushaltsplan ist ein Zahlenspiel welches von, durch die Kommunalpolitik kaum beeinflussbaren Faktoren abhängig ist. Schon geringe Veränderungen wie z.B. die Höhe des Zinses oder ein geringeres Wirtschaftswachstum lassen die schöngerechneten Annahmen wie ein Kartenhaus zusammenfallen.

Der Jubel über die zusätzlichen Millionen aus dem Stärkungspakt verhallte dann ja auch sehr schnell als bekannt wurde, dass im gleichen Atemzug die Schlüsselzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 geringer ausfallen werden so das Remscheid im Saldo 2 Mio. € weniger in der Kasse haben wird.

Dieser HSP und dieser Haushalt stehen auf tönernen Füßen. Dies bemerkte ja auch schon die Regierungspräsidentin Anne Lüttges, als sie uns bei der Genehmigung des Haushaltssanierungsplanes folgendes mit auf den Weg gab:

„ Diese neue Kalkulation ist aus Sicht der Bezirksregierung immer noch mit **deutlichen Risiken** behaftet. Insbesondere steht zu befürchten, dass die Gründe, die zum Rückgang der Schlüsselzuweisungen geführt haben (im Wesentlichen Gewerbesteuerbrüche in anderen

Kommunen); teilweise oder sogar vollumfänglich dauerhaft bestehen bleiben oder sich sogar verschärfen. ... Sollten Die Erträge aus Schlüsselzuweisungen jedoch erkennbar auch für die Folgejahre niedriger liegen, sind hier unverzüglich Anpassungen vorzunehmen und erforderlichenfalls auch zusätzliche Kompensationsmaßnahmen zu beschließen.“

Was heißt das konkret für unsere Stadt?

Alle Indikatoren der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für 2013 und 2014 zeigen eine Negativentwicklung. Zuwächse wird es nicht geben, die Annahmen im Haushaltssicherungspakt sind schon jetzt Makulatur und ein Nachtragshaushalt ist für mich wahrscheinlich.

Die von Frau Lüttges avisierten möglichen Anpassungen und Kompensationsmaßnahmen sind nichts anderes als weitere mögliche Kürzungen.

Die Regierungspräsidentin lobt die Stadt für die drastischen Personalkürzungen die von allen Fraktionen des Rates mit Ausnahme der LINKEN beschlossen wurden und fordert angesichts der enormen Risiken im Haushaltssicherungsplan:.. „diesen Prozess weiterzuführen und um die aus der außerplanmäßigen Fluktuation resultierenden Stelleneinsparungen zu erweitern.“

Das heißt: Die von der Regierungspräsidentin beschriebenen Risiken im Haushaltssicherungsplan, sollen im Wesentlichen von den Beschäftigten der Verwaltung getragen werden.

Vor dem Hintergrund, der aus Personalmangel nicht eingeforderten OGGS Beitragsrechnungen, der mehr als angespannten Personalsituation im Jobcenter, der Personalsituation in der Kämmerei, der unglaublichen Arbeitsverdichtung in der Verwaltung und dem Krankenstand ist der Vorschlag noch weiter Personal abzubauen ein Schlag in Gesicht der Beschäftigten der Stadt.

Nichts gegen Aufgabenkritik und eine seriöse Debatte darüber, an welcher Stelle welches Personal welche Aufgabe zu erledigen hat, und ob nicht bessere Alternativen möglich sind. Aber bitte schön in dieser Reihenfolge: Aufgabenkritik, Ergebnisse, und dann der politische Beschluss.

Leitschnur dabei muss immer die Qualität von Dienstleistungen für die Bürger, der Erhalt von Infrastruktur der Daseinsvorsorge, der Erhalt von Erwerbsarbeit und die soziale Balance sein.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Ohne wirklich wirksame Entschuldungshilfe von außen oder einen Schuldenschnitt und einer auskömmlichen Kommunalfinanzierung wird jedes Haushaltssicherungskonzept jeder Haushalt zum Scheitern verurteilt sein und den Bürgern weitere Belastungen und Kürzungen bringen.

In Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts 2013/2014 in der Sitzung des Rates am 27.September 2012 kommen Sie zu dem richtigen Schluss: „ ... das der Schlüssel zur Lösung der Finanziellen Misere der Gemeinden im Bund zu finden ist.“

Dennoch sprechen Sie, die Kollegen von der sogenannten Gestaltungsmehrheit, der CDU und WiR ohne rot zu werden vom Sparen und Konsolidieren, um den städtischen Haushalt auszugleichen, obwohl Sie natürlich genau wissen, dass Sie nicht sparen.

Sie kürzen genau dort, wo eigentlich die existenzielle Grundlagen für ein nachhaltiges Wirtschaften geschaffen werden sollten.

Dabei sollten Sie eigentlich wissen, dass noch nie ein Haushalt über die Ausgabenseite saniert wurde. Die Gewerkschaft ver.di kommt in ihrem Kommunalfinanzbericht 2012 zu dem Schluss: „... dass für die dramatisch schlechte Finanzsituation vieler Kommunen nicht die Ausgabenseite die Ursache ist. Vielmehr haben großzügige Steuerentlastungsprogramme für reiche Haushalte, Vermögende und Unternehmen seit dem Jahr 2000 den Gebietskörperschaften dauerhaft drastische Einnahmeverluste beschert.“

Dennoch halten Sie an der Sparlüge fest. Sie suggerieren den Menschen, dass durch die Zerschlagung von Infrastruktur unserer Stadt und die Kürzungen ein maßgeblicher Beitrag zur Haushaltssanierung geleistet wird. Und gehen nach dem Rasenmäherprinzip an alle freiwilligen Leistungen heran und

kürzen und streichen.

Wir halten uns da lieber an den Bundesfinanzminister der in der Welt vom 11.11.2012 richtig feststellte:  
„Der Rasenmäher ist ein Instrument für die Gartenpflege aber nicht für die Finanzpolitik“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

In Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts teilen Sie dem Rat mit, das das erwartete Ziel einen Ertrag von 64 Mio. Euro zu erzielen um 2,5 Mio. Euro überschritten wird.  
Dies bedeutet aber noch lange nicht das es in diesem und in den kommenden Jahren genauso aussieht.

Um wirkliche Planungssicherheit für unseren Haushalt zu erhalten und dauerhaft einen Haushaltsausgleich zu erreichen ist die Stärkung der Einnahmeseite notwendig.  
Das nicht-reparable Kürzen und Streichen von Dienstleistungen und der Raubbau im Personalbestand schaden unserer Kommune.

Frau OB,  
wir geben Ihnen Recht da ist der Bundesgesetzgeber gefordert!  
Es muss wirkliche Konnexität hergestellt werden. Frau Oberbürgermeisterin wir unterstützen Sie ausdrücklich in Ihre Forderung nach einer auskömmlichen Finanzierung der gesamtstaatlichen Aufgaben. Gesamtstaatliche Aufgaben müssen auch gesamtstaatlich finanziert werden.

DIE LINKE fordert, und mittlerweile ist sie dabei nicht mehr alleine, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer.

Ein breites Bündnis von Städten Politikern aus allen demokratischen Parteien hat sich unter dem Begriff oder Motto UMFÄHRTEILEN zusammengeschlossen. Zuletzt hat sich die Stadt Essen am vergangenen Mittwoch diesem Bündnis angeschlossen.

Im Aufruf heißt es:

„Wir fordern eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe, um reiche Haushalte in Deutschland deutlich stärker als bisher für die Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen. Denn ob fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr oder so genannte freiwillige soziale Leistungen – der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen. Die Schere zwischen Reich und Arm in Deutschland klafft immer weiter auseinander. Allein die privaten Vermögen des reichsten einen Prozents der Bundesbürger sind höher als alle Schulden von Bund, Ländern und Kommunen zusammen.“

Dies bedarf keines weiteren Kommentars.  
Da läge auch der Schlüssel zur Beseitigung der Misere der Kommunalfinanzen.

Alles was hier in der Haushaltssicherung vorgenommen wird und nun zur Abstimmung steht geht nicht an die Ursachen der Misere und kann es auch nicht.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass DIE LINKE hinter den im Investitionsplan dargestellten Investitionen steht, insbesondere bei den Bildungsinvestitionen sie stellen ohnehin nur das Minimum dar. Aber diesem Haushalt kann DIE LINKE nicht zustimmen.